

Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln ist machbar! (1 Enthaltung)

In den letzten Jahren wurden die Preise für öffentliche Verkehrsmittel in Wien stark verteuert. Einzelfahrscheine sind seit 1999 um fast 40 Prozent teurer geworden, obwohl die durchschnittliche Inflationsrate in den letzten 10 Jahren nur bei jährlich rund 2 Prozent lag.

Zwar werden in Wien schon rund 1/3 der Wege mit U-Bahn, Straßenbahn oder Bus zurückgelegt – doch wir meinen, dass es nötig ist den Anteil des Autoverkehrs aus Gründen der Abgas- und Lärmbelastung, der Gesundheitsbelastung der Bevölkerung und aus Klimaschutzgründen weiter zu senken.

Wir fordern:

- # den weiteren Ausbau des U-Bahn Netzes und Verdichtung der Intervalle.
- # Erhalt und Ausbau der Straßenbahn- und Bus-Verbindungen.
- # Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln.
- # Kostenlose Nutzung der Park-&-Ride Anlagen an bzw. vor der Stadtgrenze für alle, die über eine Wochen-, Monats- oder Jahreskarte verfügen, wie schon im Kommunalprogramm der KPÖ-Wien von 1989 gefordert.
- # Ausbau des Radwegenetzes und von Radabstellanlagen, besonders bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Forderungen sind nicht illusorisch. Fakt ist, dass bereits gegenwärtig 70% der Kosten des öffentlichen Verkehrs von der Bevölkerung getragen werden. Jede(r) ÖsterreicherIn zahlt z.B. 700 Euro jährlich für die ÖBB, auch wenn sie/er "keinen Zug betritt", wie E-Control in einer Studie errechnete.

Statt dem Bau und dem teuren Erhalt weiterer Autobahnen fordern wir ein Investitionspaket für den öffentlichen Verkehr. Österreichs Autobahnen sind seit dem Jahr 1970 um mehr als 1.200 Kilometer gewachsen, das Schienennetz ist im gleichen Zeitraum um rund 260 Kilometer kleiner geworden. 1 km Autobahn kostet mindestens 4 bis 6 Millionen Euro pro Autobahnkilometer, bei komplexen Strecken mit Brücken und Tunneln liegen die Kosten um ein Vielfaches höher – zu den reinen Baukosten kommen laut Modellberechnungen noch Planungskosten, Kosten für Genehmigungsverfahren, Lärmschutzwände, ... die die reinen Baukosten zumeist um das 3fache übersteigen. Der geschätzten Gesamtkosten des Regionerings um Wien (der rund 200 km umfaßt) werden laut Asfinag rund 3,2 Mrd Euro betragen.

Zusätzliche Mittel könnten durch die zweckgebundene Erhöhung der U-Bahnsteuer, welche die von der Mobilität ihrer MitarbeiterInnen profitierenden Unternehmen zu bezahlen haben, lukriert werden. Für in Wien beschäftigte Arbeitnehmer muss der Dienstgeber gegenwärtig lächerliche 0,72 Euro pro Woche und Arbeitnehmer abführen.

Mobilität darf kein Privileg des Geldes sein. Ein gut ausgebautes Netz des öffentlichen Verkehrs ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, da es die Abhängigkeit vom Auto verringert und eine „Mindestsicherung“ an Mobilität garantiert.

Die Maßnahmen, die wir vorschlagen, sind finanzierbar, wie die finanziellen Anstrengungen der öffentlichen Hand gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen. Österreich ist im Kyoto Protokoll die internationale Verpflichtung eingegangen, seine CO2 Emissionen zu senken. Die Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag dafür, dass sich Österreich Klimaschutz-Strafzahlungen in Milliarden-Euro Höhe erspart. Und die Maßnahmen sind ein

Beitrag für Klima- und Umweltschutz, damit auch künftige Generationen noch einen lebenswerten Planeten vorfinden.